



# FASCHISMUS

4. Jahrgang.  
No. 13

Amsterdam, den 27. Juni 1936.

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITER-  
SCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Arbeiterleben  
in Gefahr!

(ITF) In Danzig rast der Terror. Nationalsozialistische Banden überfallen Versammlungen ihrer Gegner, terrorisieren Passanten, zerstören

die Wohnungen von Arbeitern, die ihnen als aufrechte Gewerkschafter bekannt sind. Der nationalsozialistische

Senat ermutigt die Banditen und der oberste SA-Führer Adolf Hitler lobt die Terrorbanden!

Am Mittwoch, den 10. Juni, beschossen SA-Trupps Wohnungen Danziger Arbeiter. In die Wohnung des Arbeiters B. schossen sie in Bachhöhe, um den Arbeiter oder wenigstens eines seiner 5 Kinder niederzuschossen. In die Wohnung des Arbeiters P., dessen Frau in der vorangehenden Nacht entbunden worden war, warf die SA. dicke Feldsteine.

Am 11. Juni überfiel eine Bande SA-Leute Arbeiter auf der Strasse. Der SA-Mann Radtkowski stach 2 Arbeiter mit dem Messer nieder. Am nächsten Tage flüchtete er--trotzdem ihm kein Polizist etwas tat--nach Deutschland unter den Schutz Adolf Hitlers.

Am Freitag, den 12. Juni, überfielen SA-Trupps eine geschlossene Versammlung der konservativen deutschnationalen Partei und schlugen mit "Übungshandgranaten" (Holzattrappen, die mit einem Eisenring versehen sind) vor allem auf die anwesenden Frauen ein. Die Überfallenen setzten sich energisch zur Wehr, einer der Banditen des Terrortrupps musste ins Krankenhaus eingeliefert werden, wo er den Verletzungen erlag. Der Senat ordnete für den Toten Staatsbegräbnis an, den Danziger Lehrern wurde befohlen, den an den Folgen seines Verbrechens Gestorbenen als Helden zu feiern. Zur Beerdigung erschien der Stabchef der reichsdeutschen SA Lutze und überbrachte einen Kranz Hitlers! Am Grabe empfahl er, "denen die Faust aufzupressen, die sie uns entgegenstrecken. Man soll aber nicht hingehen und sagen, dass wir die Terroristen sind".

In der Nacht vom 13. und 14. Juni versuchte SA einen Überfall auf das von Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins bewachte Grundstück der katholischen Kirche in Danzig-Emaus. Erst als mitten in der Nacht die Glocken geläutet wurden, flüchteten die Angreifer.

In der gleichen Nacht überfielen 16 Danziger SS-Gardisten im Dörfchen Wiesental (im Kreis Danziger Höhe) die Wohnung der drei Brüder Zeller, eines Kleinbauern und zweier erwerbsloser Arbeiter, eines Zimmerers und eines Steinschlägers. Die Überfallenen hatten keine Waffen. Die SS-Leute beschossen sich in der Dunkelheit gegenseitig, 2 SS-Leute starben an den Folgen der Schüsse ihrer Kameraden. Die Polizei liess die Terroristen ungeschoren, aber verhaftete die Überfallenen. Zur Beisetzung erschien der Leiter der deutschen Geheimen Staatspolizei Himmler. Er überbrachte einen Kranz Hitlers für die Terroristen und hetzte zu weiterem Terror. "Wie (!) ihr es im Eid geschworen, habt ihr euer Leben eingesetzt", erklärte er am Grabe der beim Überfall auf Wehrlose getöteten Terroristen. "Ich bin vom Führer (Hitler), der von eurem Schicksal weiss, beauftragt, euch seinen letzten Treuegruss zu bringen." Dann wandte sich der Leiter der deutschen Gestapo an die Danziger SA: "Die beiden Namen mahnen euch, Kameraden von Danzig, es den beiden gleichzutun (!) an Tapferkeit (!) und Anständigkeit (!)". (Völkischer Beobachter Nr. 172 vom 20. Juni) Es ist mit verschärftem Nazi-Terror zu rechnen.

In Danzig sind, wie der Abgeordnete der Labour Party Rhys J. Davies, der in der Osterwoche Danzig besuchte, (im New Dawn vom 13. Juni) berichtet, "Nazis zu Hunderten in grossen Baracken untergebracht, alle wie in Deutschland im Braunkleid mit dem Hakenkreuz am Arm und dem Dolch am Koppel.... Sie marschieren in militärischer Formation durch die Strassen und benehmen sich, als ob sie ein Teil einer regulären Armee seien. Wer sie bezahlt, ist ein Problem, das noch nicht gelöst ist. Ein Teil von ihnen ist aus Deutschland herübergeholt worden, trotzdem fast alle Danziger deutscher Nationalität sind... Die freien Gewerkschaften wurden unterdrückt, eine Klage gegen die Regierung wegen dieses Verfassungsbruchs schwebt vor dem Gericht. Die kleine konsumgenossenschaftliche Bewegung ist völlig unterdrückt worden...."

Bekanntlich wurde die freie Stadt Danzig am Ende des Weltkrieges verselbständigt. Seitdem ist dort ein Hoher Kommissar als Repräsentant des Völkerbundes. Im Augenblick ist der Ire Sean Lester Kommissar, ein hochgesinnter, bewährter und mutiger Mann. Wäre es anders, wäre es zweifelhaft, ob aktive Mitglieder der (antifaschistischen) Minderheiten noch in der Lage wären, in Danzig auch nur das nackte Leben zu fristen".

Der Kommissar hat auch jetzt wieder gegen den nationalsozialistischen Terror protestiert. Aber sein Protest wird wirkungslos bleiben, wenn nicht alle für die Haltung des Völkerbundes verantwortlichen Regierungen veranlasst werden, wirksame Massnahmen zum Schutz der von den Nationalsozialisten terrorisierten Danziger Opposition, vor allem zum Schutze der Danziger Arbeiter, zu ergreifen.

### Die Armen sollen zahlen.

(ITF) Endlich ist die Entscheidung darüber gefallen, wer die Kosten der riesigen Aufrüstung des Dritten Reiches tragen soll. Wie nicht anders zu erwarten, hat die Hitlerdiktatur beschlossen: die Armen sollen zahlen. Als der Staatssekretär im Finanzministerium Reinhardt (am 12. Mai) feststellte, dass die Steuereinnahmen, trotzdem 1935 für mehr als 2 Milliarden RM mehr Steuern eingetrieben wurden als 1932, "doch noch nicht gross genug sind, um die Mehrausgaben, die sich im Zuge der Neugestaltung der Dinge (d. h. der Aufrüstung.Red.) ergeben, zu decken", versicherte die Arbeitsfront den beunruhigten Arbeitern, dass auf keinen Fall neue Massensteuern kämen, im Dritten Reich der Volksgemeinschaft müssten die Reichen zahlen. Die Arbeitsfront forderte, eifrig von den Agitatoren des Reichsnährstandes, der Zwangsorganisation der Bauern, unterstützt, eine Vermögensabgabe des Grossbesitzers zur Finanzierung der Aufrüstung und Verstaatlichung der Rüstungsindustrie zur Verbilligung der Kriegsvorbereitung.

Der Grossbesitz aber hat sich mit den Spitzen der Ameer verständigigt. Am 30. Mai nahm der Wirtschaftsminister Dr. Schacht als einziger Minister neben Hitler und seinem Stellvertreter demonstrativ an den Flottenmanoevern teil, am 9. Juni sprach der Chef des Wehrwirtschaftsstabes des deutschen Generalstabes, Oberst Thomas, auf der Tagung der Wirtschaftsgruppe "Eisenschaffende Industrie" der Schwerindustrie erneut gegen die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und am 16. Juni teilte der Staatssekretär im Finanzministerium Reinhardt mit: Es kommt keine Vermögensabgabe der Grossbesitzer. Die Massen sollen zahlen.

Der Grossbesitz hat sich durchgesetzt.

(Für die Redaktionen: Zur Bedeutung dieser Entscheidung vergleiche "Faschismus" Nr. 8, Seite 80 und Nr. 11, Seite 105).

Weshalb Hitler die  
 =====  
 Löhne drückt. ----  
 =====  
Der "Völkische Beobachter" gesteht:  
die Unternehmer  
beherrschen das  
Dritte Reich. ----

(ITF) Die deutsche Arbeiterschaft ist in Bewegung geraten. "Das Streben nach neuer Gestaltung des Lohn-, Arbeitszeit- und Urlaubswesens ist in der deutschen Wirtschaft und vor allem auch in der Arbeiterschaft selbst bereits so stark, dass es immer häufiger zu Tage tritt und zu praktischer Verwirklichung drängt" schreibt die unter dem Protektorat des Industriellen Thyssen erscheinende "Braune Wirtschaftspost" (vom 16. Mai 1936, Nr. 46). Trotz

des verschärften Terrors der nationalsozialistischen Polizeiorgane treten Arbeiter in einzelnen Betrieben bereits offener für Lohnaufbesserung ein, überschütten nationalsozialistische Zeitungen mit kritischen Briefen, die in einem Ton gehalten sind, der im Dritten Reich der Konzentrationslager ein Wagnis bedeutet.

Der Völkische Beobachter, das Zentralorgan der NSDAP, veröffentlicht entrüstet (am 7. Juni 1936, Nr. 159) einen derartigen Brief. "Kein Mensch, der sich mit Wirtschaft befasst", muss sich das offizielle Organ Hitlers schreiben lassen, "wird glauben, dass die kapitalistische Wirtschaft verschwunden ist. Wohl ist die offizielle Geldbewirtschaftung eine andere, zwangsläufige, geworden, aber nie war das Kapital oder was man sonst unter Kapital verstehen mag, mächtiger und bevorzugter als heute. Hat doch die Grossindustrie bei uns ein richtiges Steuerprivileg im Gegensatz zur schaffenden Bevölkerung. Das ist an sich schon rein kapitalistisch gedacht. Die Wirtschaft kann gewaltige Gewinne und Reserven aufspeichern, der Arbeiter wird vertröstet, bis eine ganze Reihe von Vorbedingungen erfüllt ist.

Gross verdient und Klein erhält Wechsel auf die Zukunft. Wenn das nicht Kapitalismus in reinsten Kultur ist, dann möchte ich bitten zu erklären, was unter Kapitalismus zu verstehen ist. Man braucht nur Bilanzen zu lesen, man sehe sich die Abschreibungen, die Bankguthaben, die Effektenbestände, den Posten andere Aufwendungen an, man beachte auch, dass in sehr vielen Bilanzen die Passivposten so gut wie verschwunden sind, alles das muss doch verdient sein und in so kurzer Zeitspanne. Es zieht also ein gewisser Interessentenkreis Riesengewinne auf Kosten der übrigen Bevölkerung. Früher nannte man das krasse kapitalistische Ausbeutung.....

In der Blütezeit des Kapitalismus ging es nicht schöner zu. Aber auch in Zeiten der Hochkonjunktur hat man Bilanzen, wie man sie heute sieht, nie gekannt. Kein Wunder bei der Monopolstellung, bei den hohen Preisen und bei einem Steuerprivileg. Die Wirtschaft steht also auf rein kapitalistischer Grundlage".

Der Wirtschaftsredakteur des Völkischen Beobachters muss zugeben: "Vom Neidstandpunkt (!) aus mit einem von Minderwertigkeitsgefühlen geschärften Blick gesehen, liegen die Dinge tatsächlich, wenn man etwas übertreibt (?), wirklich so." Er muss bestätigen, dass sich tatsächlich das Einkommen des Grossbesitzes um Milliarden erhöht hat, trotzdem die Löhne der Arbeiter bei steigenden Preisen auf Krisenniveau gehalten wurden, aber er entschuldigt die Diktatur: die Unternehmer erlauben der allmächtigen nationalsozialistischen Diktatur keine Lohnerhöhung! Und dem Grossbesitz müssen die Diktatoren gehorchen. Das Zentralorgan der NSDAP gibt damit offen zu, dass die Herren der Wirtschaft die wahren Herrscher des Dritten Reiches sind.

Der "Völkische Beobachter" gibt zu, dass der Grossbesitz sein Einkommen um 2,3 Milliarden erhöhen konnte, Wenn es nun nach den Arbeitern ginge, hätten die 2,3 Milliarden irgendwie dem Arbeiter zufließen sollen. Was aber hätte der Arbeiter davon gehabt?.... Im Arbeitstag 50 Pfg. Das wäre gewiss eine beträchtliche Summe gewesen. Aber um diese Verteilung zuwege zu bringen, wäre eine ungeheure Arbeit des Staates aufzuwenden gewesen. Sie hätte so gross sein müssen, dass alle (!) Kräfte der Regierung von ihr in Anspruch genommen worden wären. In jedem einzelnen Falle hätte kontrolliert werden müssen, ob nicht Durchstechereien vorgekommen wären. Und sie wären massenhaft vorgekommen ( - so wird die "Tariftreue" der Unternehmer im Dritten Reich vom Zentralorgan der NSDAP eingeschätzt. Red. - ), weil die Industrie und die Landwirtschaft diese Verteilung ihrer Gewinne an die Arbeiter als Raub (!) betrachtet hätten. Die Regierung hätte sich in den schärfsten Gegensatz zur Wirtschaft hineinmanövriert und ihre Energie wäre, um ihre Position (!) bei diesem Gegensatz zu behaupten, vollständig gebunden worden".

Die Offenheit, mit der das Zentralorgan der NSDAP zugab, dass die Hitlerdiktatur sich nach den Wünschen des Grossbesitzes richtet, Unternehmergewinne und Lohndruck verteidigt, "um ihre Position zu behaupten" hat in Deutschland Aufsehen erregt. Der Völkische Beobachter sah sich gezwungen, aus der "Unmenge Zuschriften", die ihm, wie er zugab, von Empörten zugingen, (am 13. Juni - Nr. 165) einen weiteren Brief zu veröffentlichen:

"Wir sind Arbeiter und verstehen nicht, was Sie zur Rechtfertigung der riesigen Unternehmergewinne im Völkischen Beobachter über die (Forderung einer Erhöhung des Tagesverdienstes um) 50 Pfennig sagen. Das ist kein Nationalsozialismus, sondern Kapitalismus. Oder wo liegt nach Ihrer Ansicht da der Unterschied? Unser Name hat (mit Rücksicht auf die Methoden der Geheimen Staatspolizei, Red.) mit der Sache nichts zu tun. Alle (!) Arbeitskollegen, mit denen wir sprachen, sind unserer Ansicht". So denken die deutschen Arbeiter, angeblich "die treuesten Stützen Adolf Hitlers über das Dritte Reich."

Arbeitergroschen für  
=====  
Bonzenbauten. -----  
=====

Mitgliedern der Arbeitsfront abgepressten Beiträgen erhält, errichtet in Berlin eine grosse Halle, die 15 000 Olympiadeteilnehmer fassen soll. Nach der Olympiade wird das Baumaterial (wie der "Völkische Beobachter" am 10. Juni berichtet) nach Nürnberg transportiert, um dort am Parteitag der NSDAP eine entsprechende Zahl brauner Bonzen aufnehmen zu können.

Nur für Vorgesetzte.  
=====

billige Seereisen für Soldaten. Die nationalsozialistischen Zeitungen berichteten stolz, dass die Arbeitsfront damit den einfachen Soldaten eine Erholung ermögliche. In Wirklichkeit aber dürfen bei diesen Reisen kaum "Gemeine" mitfahren, die Vorgesetzten sind nahezu unter sich. Die erste Fahrt, die für die Armee mit Teilnehmern aus Bayern, Württemberg und Sachsen veranstaltet wurde, bestand zu 90% aus Vorgesetzten und ihren Angehörigen.

Es wird weiter gestohlen.  
=====

sich das Vermögen des aufgelösten "Deutschen Gemeindebeamten-Bundes", des "Verbandes der Kommunalbeamten und -Angestellten Preussens" (Komba) und der alten Verbände der Sozialversicherungsbeamten angeeignet. Der "Völkische Beobachter" (vom 16. Juni) berichtet, dass insgesamt 3,8 Millionen RM gestohlen werden konnten.

Der Druck auf die  
=====  
deutschen Beamten.  
=====

eine den Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprechende Lebensführung und charakterliche Haltung." Ein Beamter, der in Not geratenen Angehörigen politischer Gefangener hilft, seine Kinder in eine protestantische oder katholische Jugendorganisation schickt oder der in einem Geschäft kauft, dessen Inhaber Jude oder christlicher "Nichtarier" ist, kann durch die neu errichtete "Spruchkammer" ausgeschlossen werden. Er verliert damit automatisch wegen "erwiesener Staatsfeindschaft" sein Amt und meist auch seine ganze Pension.

Eine Verteidigung ist den Beschuldigten nur selten möglich! Die Richtlinien bestimmen ausdrücklich: "Von der Anhörung des beschuldigten Mitglieds kann abgesehen werden, wenn der Antrag auf Ausschluss begründet wird unter Bezugnahme auf ein rechtskräftiges Straf- oder dienststrafgerichtliches Urteil oder eine rechtskräftige Entscheidung der Partei- oder SA-Gerichtsbarkeit" (Nationalsozialistische Beamterzeitung, Jahrgang 4, Nr. 26).

Als ersten schloss die "Spruchkammer" einen Reichsbahn-Obersekretär aus Mannheim aus.

(ITF) "Kraft durch Freude", das Vergnügungsbüro der Deutschen Arbeitsfront, das neben hohen Subventionen durch Unternehmer noch monatlich 1,4 Millionen Zuschuss aus den den

(ITF) "Kraft durch Freude", das Vergnügungsbüro der Deutschen Arbeitsfront, veranstaltet neuerdings

(ITF) Der "Reichsbund der deutschen Beamten", die Zwangsorganisation aller Beamten im Dritten Reich, hat

(ITF) Der "Reichsbund der deutschen Beamten", die Zwangsorganisation aller deutschen Beamten, "verlangt von seinen Mitgliedern innerhalb und ausserhalb (!) ihres Beamtendienstes

Ein Sachverständiger.  
=====

(ITF) Ein Kassierer der Deutschen  
Arbeitsfront in der westfälischen  
Industriestadt Essen, der rund

5 000 RM unterschlagen hatte, wurde zu 1 Jahr und 3 Monaten Zucht-  
haus und 300 RM Geldstrafe verurteilt. Das Gericht stellte fest:  
"Der Verurteilte war (bereits) 5mal einschlägig vorbestraft" (Frank-  
furter Zeitung vom 18. Juni, Nr. 307/08). Er war also der richtige  
Mann für die Deutsche Arbeitsfront.

Gesang der 27 000.  
=====

(ITF) Der Schatzmeister der Deut-  
schen Arbeitsfront hat (in der Tages-  
zeitung der Arbeitsfront Nr. 141

vom 18. Juni) mitgeteilt, dass allein in den Büros der Deutschen  
Arbeitsfront 27 000 (in Worten: siebenundzwanzigtausend!) Sekretäre  
sitzen. Wieviel Tausende Sekretäre sich ausserdem in den Büros  
der der Deutschen Arbeitsfront angeschlossenen Organisationen des  
Vergnügungsvereins "Kraft durch Freude", des "Reichsnährstandes"  
und des "Reichsbundes deutscher Beamter" befinden, hat er leider  
nicht verraten.

Die Armee der 27 000 braunen Bonzen hat nicht mit Unrecht "das  
leicht umgedichtete Biedermeierlied "Freut euch des Lebens" als  
Hymne ihrer "Arbeitsfront" eingeführt. Selbstverständlich haben sie  
betont, dass es sich bei ihrem Lied um ein "deutsches Erzeugnis"  
handele. Aber jetzt hat der Musikrezensent der "Neuen Züricher  
Zeitung" (in der Ausgabe vom 9. Juni, Nr. 988) festgestellt, dass ein  
Teil der Melodie, der der Text "Freut euch des Lebens" unterlegt  
wurde, einem Flötenkonzert des Italieners Borghi entnommen wurde,  
ein anderer Teil einer Komposition des Schweizers Graf oder einer  
bekanntén englischen Volksmelodie. Jetzt werden die 27 000 wohl  
den Schweizer anektieren und den Italiener zum "Ehrendeutschen" er-  
nennen.

"WIR".  
=====

(ITF) Die Nationalsozialisten haben  
die Unternehmer zu nahezu unbeschränk-  
ten Herren im Hause gemacht. Manche

Unternehmer schlagen denn auch in Mitteilungen an die Belegschaft  
den Ton eines Monarchen an. Im allgemeinen können derartige Zeug-  
nisse des Führer-Fimmels ohne Gefährdung der illegalen Berichterstat-  
ter, nicht mit genauer Angabe des grössenwahnsinnigen "Betriebs-  
führers" wiedergegeben werden. Doch jetzt findet man sogar in der  
Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront ("Angriff" vom 14. Juni,  
Nr. 138) eine Mitteilung des Inhabers einer Kammgarnspinnerei in  
Glauchau, in der der Betriebsleiter der Belegschaft mitteilt: " W i r  
wollen einen Urlaub bewilligen".

Und die Arbeitsfront findet das ganz in Ordnung.

"Versuchsweise" bezahl-  
=====

ter Urlaub. -- Die deut-  
=====

schen Bauarbeiter sollen

beschwichtigt werden.

(ITF) Durch ihre freie Gewerkschaft  
hatten (im Jahre 1922) die deutschen  
Bauarbeiter sich einen Anspruch auf  
bezahlten Urlaub erkämpft. Doch nur  
ein Teil der Bauarbeiter konnte die-  
sen Urlaub antreten, denn im Tarif-  
vertrag, der den bezahlten Urlaub  
sicherte, stand, dass erst 40 (später  
30) Wochen Beschäftigung beim

g l e i c h e n Unternehmer einen Anspruch auf bezahlte Urlaubstage  
gäben. Aber gerade im Bau ist der Wechsel zwischen einzelnen Bau-  
stellen fast die Regel. Die Forderung der freien Bauarbeitergewerk-  
schaft, dass der Urlaubsanspruch unabhängig vom Wechsel der Baustelle  
erhalten bleibt, konnte gegen den Widerstand der Unternehmer nicht  
durchgesetzt werden.

Im Dritten Reich hat sich im Baugewerbe ein grundlegender Wandel  
vollzogen. Der private Bau trat immer mehr zurück, heute wird der  
grösste Teil der deutschen Bauarbeiter direkt oder indirekt bei  
öffentlichen Bauten beschäftigt, beim Bau von strategischen Strassen,  
von Flugplätzen, Autobahnen und Befestigungen, bei der Errichtung  
von Kasernen, Verwaltungsgebäuden und Parteipalästen. Der grösste  
Teil der deutschen Bauarbeiter arbeitet daher im Hoch- oder Tiefbau  
dauernd für den gleichen Auftraggeber und erwarb dadurch automatisch  
auf Grund der als Diktat des Treuhänders noch weiter geltenden  
Tarifvertrages den Anspruch auf bezahlten Urlaub. Und wenn auch ein  
grosser Teil der öffentlichen Bauten<sup>m</sup>, aus Propagandagründen die Zahl  
der "in der Privatwirtschaft regulär Beschäftigten" höher erscheinen

zu lassen, nicht mehr in Eigenregie durchgeführt wird: die bei den Bauarbeiten Beschäftigten wissen, dass auf fast allen Baustellen für den gleichen Auftraggeber gearbeitet wird.

Diese Lage haben die Nationalsozialisten zu einer grossen Propagandaaktion unter den Bauarbeitern ausgenutzt. Sie ordneten an, dass jeder Arbeiter im Bau- und Baunebengewerbe, der ab 1. September 1936 mindestens 32 Wochen, gleich, bei welchem Unternehmer, gearbeitet hat, einen Anspruch auf bezahlten Urlaub hat. In diesem Jahre ändert sich nichts. Nach wie vor wird für den Urlaubsanspruch der Nachweis verlangt, dass der Bauarbeiter "ununterbrochen beim gleichen Unternehmer beschäftigt war." Auf Massnahmen zur Kontrolle, ob auf den Baustellen bezahlter Urlaub gewährt wird oder nicht, wird ausdrücklich verzichtet. Erst ab 1. September 1936 muss am Ende jeder Lohnwoche auf eine besondere, für jeden Bauarbeiter zu führende "Urlaubskarte" eine Urlaubsmarke im Werte von 2% des Bruttoverdienstes (auf eine durch 5 teilbare Summe abgerundet) geklebt werden. Urlaubsmarken und -karten werden bei den Postämtern bezogen und die vollgeklebte Urlaubskarte kann vor Urlaubsantritt bei einem Postamt gegen das Urlaubsgeld eingelöst werden. Die Arbeitsfront mit ihren 27 000 Sekretären ist bewusst ausgeschaltet worden, um die bei ihr üblichen Korruptionsverluste zu vermeiden.

Die Urlaubskarte enthält in 3 Teilen je 16 Wochenabschnitte, insgesamt 48. Sind 32 Felder vollgeklebt, besteht ein Anspruch auf 4 Tage, sind 48 Felder vollgeklebt, auf 6 Tage Urlaub. Das ist erheblich weniger als der von den Nationalsozialisten noch im November 1933 versprochene 3-Wochen-Urlaub.

(Sozialpolitik im neuen Staat", Denkschrift der Reichsleitung der NSBO, Seite 139). -- Aber es ist sogar fraglich, "ob viele Bauarbeiter auch nur 4 Tage bezahlten Urlaub erhalten werden. Die schönsten Urlaubsbestimmungen sind wertlos, wenn keine Gewerkschaft für ihre Einhaltung sorgt. Im Dritten Reich aber gibt es keine Bauarbeitergewerkschaft mehr; die Reichsbetriebsgemeinschaft Bau der Deutschen Arbeitsfront ist nur eine Vereinigung zur Propaganda des gelben Nationalsozialismus unter den Bauarbeitern, ihr Vorsitzender ist der Generaldirektor der Hochtief-AG in Essen, Dr. Vögler. Im offiziellen Organ des deutschen Reichsarbeitsministeriums, im Reichsarbeitsblatt (Nr. 16 vom 5. Juni 1936) wird denn auch schon ganz offen erklärt, dass es zweifelhaft ist, ob die Urlaubsmarken überhaupt regelmässig geklebt werden. "Die schlimmen Erfahrungen bei der Sozialversicherung zeigen, dass die Frage der Überwachung des Markenklebens (durch die "Volksgenossen Unternehmer" ! Red.) nicht mit Optimismus behandelt werden darf".

Aber selbst wenn die Urlaubsmarken ordnungsgemäss geklebt werden ist der Urlaub noch nicht gesichert. Denn "der Zeitpunkt des Urlaubsantritts wird von dem Betriebsführer (!)... bestimmt". (Par. 7, 2 der Anordnung des Sondertreuhänders), der den "Urlaub auch an die Beendigung der Tätigkeit" des Bauarbeiters, also in die Schlechtwetterperiode verlegen darf (Par. 7, 4) und der den Urlaubsantritt der Stammarbeiter "nach den Bedürfnissen des Betriebes" hinauschieben kann. Stammarbeiter gehen damit u. U. ihres Urlaubsanspruches verlustig. Denn tritt ein Bauarbeiter, "für den Urlaubsmarken für mehr als 96 Wochen geklebt sind, den Urlaub in den auf die 96. Woche folgenden 8 Wochen nicht an, so verfallen jeweils die vor den letzten 96 Wochen geklebten Marken" (Par. 9).

Vom Unternehmer hängt ab, ob Urlaub angetreten werden kann oder nicht. Das Recht auf Urlaub steht im Dritten Reich nur auf dem Papier.

Trotzdem mussten die Unternehmer selbst für die Scheinkonzession an die Bauarbeiter entschädigt werden: "Die Treuhänder", die Lohnregulatoren des Dritten Reiches, beruhigt die Berliner "Soziale Praxis" (Nr. 23 vom 6. Juni) denken keineswegs nur an die Hebung der sozialen Lage der Bauarbeiter. Sie sind nicht minder (!) bemüht, im Interesse der Unternehmer (!) und der Volksgesamtheit die Einzelleistung zu steigern. Als Beispiel sei auf die eben ergangene Anordnung des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Ostpreussen x) verwiesen, in der dieser für alle geeigneten Bauvorhaben der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft die Ausführung in Akkordarbeit vorschreibt und Akkordvereinbarung und -lohn im einzelnen regelt."

x) Faschismus Nr. 12, Seite 114.

Den Bauarbeitern "verbesserten" die Nationalsozialisten das Recht auf Urlaub. Sie können aber den Urlaub nur antreten, wenn der Bauunternehmer es gestattet. Zum Ausgleich erhielten die Unternehmer das Recht auf verstärkte Antreiberei.

Und trotzdem bezeichnen die Nationalsozialisten die Einführung der Urlaubsmarke im Baugewerbe als eine "Grosstat des Dritten Reiches". Denn sie mussten den im deutschen Baugewerbe Beschäftigten wenigstens eine Scheinkonzession machen. In der deutschen Bauindustrie, im Bauhandwerk und im Baunebengewerbe arbeiten zur Zeit über 1,5 Millionen vorwiegend für das Kriegsministerium. Allein bei den Befestigungsarbeiten im Rheinland arbeiten (nach einer zuverlässigen Mitteilung der Prager Monatsschrift "Kampf") 120 000 Arbeiter. Um die Befestigungsarbeiten möglichst bald abzuschliessen, wird auf den Baustellen rücksichtslos angetrieben. Die Löhne sind miserabel. Trotzdem seit 1932 die Preise der Lebensmittel um mindestens 20% gestiegen sind die Kaufkraft der Mark also entsprechend sank, sind selbst nach der amtlichen Tariflohnstatistik auch die Brutto-Stundenlöhne der Bauarbeiter gesunken. Durch die "freiwilligen" Spenden und die erhöhten Steuern sind die Nettoverdienste noch um 10% verkürzt worden. Überall fordern die Arbeiter Teuerungszulagen. Die werden ihnen von den Nationalsozialisten verweigert, statt dessen wird ihnen -- vorwiegend aus der Reichskasse -- "ab 1. September durch die Urlaubsmarke eine 2%ige Lohnerhöhung zugestanden. Aber -- wie das Arbeitsministerium erklärt -- auch nur versuchsweise. (Reichsarbeitsblatt Nr. 16). Die Arbeiter haben keine Garantie, dass nach Abschluss der drängenden Befestigungsarbeiten dieser Versuch fortgeführt wird. Die Nationalsozialisten versuchen die Bauarbeiter durch einen Bluff zu beschwichtigen.

Mit fremden Federn.

=====

(ITF) Den deutschen Bauarbeitern erzählen die Nationalsozialisten, dass sie mit der Einführung der Urlaubs-

marke im Baugewerbe "einen ganz neuen Weg" beschritten, um den Bauarbeitern zu ihrem Urlaub zu verhelfen. In Wirklichkeit schmücken sich die Nationalsozialisten nur, wie so oft, mit fremden Federn.

Bereits im Jahre 1919 hatte die -- inzwischen von den Nationalsozialisten zerschlagene -- freie Gewerkschaft der deutschen Bauarbeiter (in ihrem Wochenblatt "Der Grundstein" vom 22. November 1919), um allen Bauarbeitern den bezahlten Urlaub auch beim Wechsel der Baustelle zu sichern, die Einführung von Urlaubsmarken, die wöchentlich vom Unternehmer geklebt werden sollten, gefordert. Gegen den hartnäckigen Widerstand der Unternehmer konnte diese Forderung nicht durchgesetzt werden. Nur im Steinsetzgewerbe und im Parkettlegergewerbe bürgerten sich Urlaubsmarken ein. Erst jetzt, wo hauptsächlich der Staat als grösster Auftraggeber im Baugewerbe den Urlaub zu bezahlen hat, liessen die Unternehmer ihren Widerstand fallen.

Die von der freien Gewerkschaft der österreichischen Bauarbeiter für Wien 1920 durchgesetzte Urlaubsmarke haben die "christlichen Diktatoren", die die freie Gewerkschaft der Bauarbeiter unterdrückten, bis heute nicht zu beseitigen gewagt.

In Holland haben die Bauarbeitergewerkschaften nach zehnjähriger unablässiger Werbung im Jahre 1929 für alle Bauarbeiter, die im "Buchjahr" (1. Juli bis 30. Juni) 46 Wochen gearbeitet haben, nicht nur Bezahlung von 5 Urlaubstagen, sondern gleichzeitig noch von 6 Wochenfeiertagen durchgesetzt. Bei jeder Lohnzahlung muss dem Bauarbeiter ein Feriengutschein gegeben werden. Eine kleinere Zahl Gutscheine berechtigt zu einem entsprechend geringeren Feriengeld. Unmittelbar vor den Wochenfeiertagen wird eine entsprechende Anzahl Gutscheine bei den Bauarbeitergewerkschaften gegen bar eingelöst. In den ersten 3 Juliwochen jedes Jahres werden die Feriengutscheine bei den Gewerkschaften eingelöst, die sich den Betrag ihrerseits wieder vom Arbeitgeberverband erstatten lassen. Ende Juli-Anfang August liegen fast alle Bauten in Holland eine volle Woche still; die Gewerkschaften legen grossen Wert darauf, dass die Ferien möglichst im ganzen Land gleichzeitig genommen werden, und die Bauarbeiter verzichten auf den sonnabendlichen halben Arbeitstag, um die Ferienwoche vollzumachen. Ausnahmen bedürfen der besonderen Genehmigung der Gewerkschaft. Nur an bestimmten Orten wird die Bauarbeiter-Ferienwoche in örtliche Festwochen, in die die Kirmes oder der Jahrmarkt fällt, verlegt. Eine örtliche Kontrollkommission, in der Vertreter der beteiligten Gewerkschaften und der Bauunternehmer sitzen, überwacht die Einhaltung der Ferienwoche. Dank dieser Kontrolle sind

die Bauarbeiterferien auch im 5. Krisenjahr gesichert.

Davon sollen die deutschen Bauarbeiter, die, wenn sie überhaupt Ferien erhalten, zu einer Zeit Urlaub nehmen müssen, die der Unternehmer bestimmt, denen kein kirchlicher Wochenfeiertag bezahlt wird, nichts wissen. Deshalb wird ihnen erzählt, dass die Urlaubsmarke mit einem Hakenkreuz zur Welt gekommen ist.

Bankiers und Grosshändler  
 =====  
 sind zufrieden. -----  
 =====

(ITF) Marschall Graziani, der Vizekönig Abessinians, hat (wie "Il Lavoro Fascista" vom 7. Juni berichtet) durch Dekret den neuen faschistischen Behörden Abessinians das

Recht gegeben, nach freiem Ermessen "die Löhne für die eingeborenen Arbeitskräfte im Zusammenhang mit den örtlichen Lebensverhältnissen, mit den Produktionsmöglichkeiten und mit den unausweichlichen militärischen Notwendigkeiten festzusetzen". Die Militärbehörden dürfen künftig in keinem Fall höhere Löhne zahlen, als sie in dem betreffenden Gebiet von Privatunternehmern gezahlt werden. Die Tageszeitung der faschistischen Arbeiterorganisationen berichtet, dass "dieses Dekret in Addis Abeba einen ausgezeichneten Eindruck in den Kreisen der ausländischen Finanzleute und Grosshändler, die eine Steigerung der Lebenskosten durch Erhöhung der Löhne befürchteten, gemacht hat".

Denn die Finanziers und Grosshändler haben sich überzeugt, dass die Faschisten ausgezeichnete Sklavenhalter sind.

Italien brachte "Freiheit".  
 =====

(ITF) Die italienischen Zeitungen vom 6. Juni berichten, dass auf Anordnung der faschistischen Militärbe-

hörden Abessinians beim Wegebau als Arbeiter und im unteren Aufsichtsdienst nur Eingeborene beschäftigt werden dürfen. Die höheren Aufsichtsfunktionen sind ausschliesslich Italienern und anderen Weissen vorbehalten.

Kein Recht in Wien.  
 =====

(ITF) Das Bulletin des Internationalen Gewerkschaftsbundes berichtet: "Am 5. Juni 1936 behandelte der

Oberste Gerichtshof in Wien die seitens der Gewerkschafter Holowatyj und Steindl eingelegte Berufung gegen ihre Verurteilung zu 10 und 5 Jahren schweren Kerkers. Sie waren des Hochverrates schuldig erklärt worden, den sie durch die illegale Tätigkeit für die freien Gewerkschaften begangen haben sollen. Der Staatsanwalt sah in dem Inhalt von zwei Flugblättern hochverräterische Umtriebe. Da diese Flugblätter jedoch aus einer weit zurückliegenden Zeit stammen, so dass das Vergehen verjährt ist, musste er andere Flugblätter zur Hand nehmen, die in der ursprünglichen Anklage überhaupt nicht erwähnt worden waren. Der Oberste Gerichtshof musste die Unhaltbarkeit eines Teiles der Anklage zugeben, worauf die Angeklagten von den neu erhobenen Beschuldigungen freigesprochen wurden. Die Nichtigkeitsbeschwerde wurde jedoch verworfen. Die Strafe Holowatyjs wurde von 10 Jahren auf 6 Jahre herabgesetzt, die Steindls bleibt unverändert 5 Jahre.

Mit der Verurteilung Holowatyjs und Steindls will die österreichische Regierung und ihr Gericht den grossen Teil der österreichischen Arbeiterschaft treffen, der den Grundsätzen der freien Gewerkschaften treu geblieben ist. Mit diesem Urteil will man die Hunderte und Tausende zurückschrecken, die in Österreich die Organisationsfreiheit sowie die Rechte, die ihnen durch den Februar 1934 entrissen wurden, zurückfordern. Die Vorwände, unter denen die beiden Gewerkschafter verurteilt wurden, sind zu nichtig, das ganze Urteil ist juridisch zu unhaltbar, als dass die Arbeiteröffentlichkeit es nicht als das erkennen kann, was es ist: ein Abschreckurteil!"

Du sollst deinen  
 =====  
 Sohn verstossen!  
 =====

(ITF) Das Christentum der "christlichen Diktatoren" Österreichs kennzeichnet das nachstehende Dokument:

"Mag. Abt. 21/I.

An Herrn N.N.

Ihr Sohn... wurde am ... wegen illegaler Tätigkeit in Haft genommen. Die städtische Wohnhäuser-Verwaltung ist ausnahmsweise bereit, Sie auch weiterhin in der von Ihnen gemieteten Wohnung zu lassen, wenn Sie diesem Sohn das Betreten Ihrer Wohnung ebenso wie der Wohn-

hausanlage selbst für immer (!) untersagen und ihn für dauernd (!) aus dem Wohnungsverband entfernen. Bei Nichteinhaltung dieser Forderung würden Sie gerichtlich gekündigt und ohne Ersatz (in Wien herrscht grosse Wohnungsmot! Red.) aus Ihrer Wohnung delogiert. Hiervon erfolgt zur Kenntnisnahme die Mitteilung.

Der Abteilungsvorstand:

Dr. Holzer, Obermagistratsrat".

Es braucht diesem Dokument nichts hinzugefügt zu werden.

Ein bestochener Gewerk-  
 =====  
 schaftsvorsitzender. ---  
 =====

(ITF) Der Obmann der österreichischen faschistischen "Gewerkschaft der Arbeiter in der Lebens- und Genussmittelindustrie", der Heimwehrlers Lichtenegger, musste sein

Amt niederlegen. Es war nicht mehr länger zu verheimlichen, dass auch dieser faschistische Ehrenmann sich von der Direktion der Versicherungsgesellschaft Phönix hatte bestechen lassen.

Dass Lichtenegger korrupt ist, ist seit langem bekannt. Er hatte in der den deutschen Ruhrindustriellen gehörenden "Alpinen Montangesellschaft" die erste gelbe Heimwehrgesellschaft Österreichs gegründet und sich dafür von dem nationalsozialistischen Generaldirektor ein Gehalt zahlen lassen! Als im Jahre 1932 das Schicksal der Regierung Dollfuss von einigen Stimmen abhing, liess Lichtenegger, der auf der Liste der Heimwehr in den Nationalrat gewählt worden war, sich für zweimaliges Pro-Stimmen je 2 000 Schilling auszahlen. Im Februar 1934 wurde der korrupte Gelbe dann Obmann der faschistischen Lebensmittelarbeiterorganisation. Auch in diesem Amt hat er sich nach Kräften bereichert. Wieviel er von der "Phönix" erhielt, wagt die Schuschnigg-Regierung nicht zu veröffentlichen. Aber man weiss z. B., dass Lichtenegger sich für den Abschluss eines Kollektivvertrages bei den Wiener Ankerbrotwerken von den Unternehmern 1 000 Schilling "Gratifikation" zahlen liess. In der Kasse der von ihm verwalteten Organisation sollen 3-400 000 Schilling fehlen. Lichtenegger hat sich aus diesen "Ersparnissen" jetzt ein grosses Hotel in Reifnitz am Woerther See gekauft. Die Einheitsgewerkschaft hat von ihm nicht nur nicht die Erstattung des gestohlenen Geldes verlangt, sondern ihm sogar noch als Schweigegeld eine hohe Abfindung gezahlt.

Den Vorsitz der Lebensmittelarbeiterorganisation hat zunächst der Präsident der Einheitsgewerkschaft Staud übernommen. Er versucht mit allen Mitteln, die Summen, die die von den christlichen Diktatoren zerstörte freie österreichische Lebensmittelarbeitergewerkschaft rechtzeitig übergeben hatte, und damit vor dem Zugriff der korrupten Krukenkreuzler rettete, zu erhalten, um das Loch in der Kasse zu decken.

Die Korruption der  
 =====  
 Krukenkreuzler. --  
 =====

(ITF) Die österreichische Rundfunkgesellschaft (Ravag) baut ein neues Funkhaus. Für die Durchführung der Eintragung des von ihr gekauften Grundstücks ins Grundbuch erhielt

eine Rechtsanwaltskanzlei das schöne Honorar von 13 000 Schilling. Man wird sich über diese Nachricht aus dem faschistischen Österreich nicht weiter wundern, wenn man erfährt, dass es -- die Kanzlei des Finanzministers Dr. Draxler war.

Das Wiener städtische Gaswerk und die städtischen Elektrizitätswerke müssen Bauarbeiten eigentlich im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben. Unter dem von der Diktatur ernannten Bürgermeister Schmitz aber werden diese Arbeiten ausschliesslich der Baufirma Groeger übertragen. Diese Baufirma muss 5% ihres Bruttoumsatzes der Witwe des früheren Inhabers zahlen; der Witwe wurden denn auch nicht weniger als 125 000 Schilling ausgezahlt. Die Witwe ist -- die Schwester des faschistischen Bürgermeisters Schmitz von Wien.

#### Fortsetzung der Transportarbeiter-Beilage:

schwimmen können... Das bedeutet eine Gefahr für die Schifffahrt, eine Gefahr, die nur heraufbeschworen wird, weil man Löhne ersparen will."

An der Spitze der Österreichischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft steht der Heimwehrkommandant Fey, der die Verantwortung für die Beschiessung Wiener Arbeiterwohnungen trägt. Im Verwaltungsrat führen die Vertreter des italienischen Kapitals.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.  
=====

63 Monate Kerker für eine  
=====  
Gewerkschaftszeitung. ---

portarbeiter zu unterdrücken. Mit besonderer Wut verfolgen sie die Zeitschrift der illegalen Gewerkschaft, aber nur selten gelingt es den Spitzeln der Diktatur, die Verteilung des illegalen Organs zu stören. Die Diktatur versucht deshalb, durch Einschüchterung von der Verbreitung des illegalen Blattes abzuschrecken; sie nimmt dazu die Hilfe von Berufsverbrechern in Anspruch. Vor dem Landesgericht Salzburg behauptete jetzt ein wiederholt wegen Einbruchdiebstahls verurteilter Verbrecher, der auch zur Zeit wieder eine Strafe absitzen muss, dass der Eisenbahner Johann Schmiedlechner ihm einmal das illegale Organ der freien Gewerkschaft der Eisenbahner und Transportarbeiter und das der österreichischen Sozialisten gegeben hätte. Obwohl die zuständige Gendarmerie erklären musste, dass trotz strengster Überwachung nichts den Eisenbahner "Belastendes" festgestellt werden konnte, wurde der Eisenbahner auf Grund der Aussage des Berufsverbrechers zu 5 Jahren 3 Monaten Kerker verurteilt!

In den gleichen Tagen standen vor dem Kreisgericht Krems 3 Nazis, die Sprengstofftransporte für den Naziputsch durchgeführt hatten. Sie kamen mit 5 Monaten davon. Der Eisenbahner, dem Verbreitung einer Gewerkschaftszeitung vorgeworfen wurde, aber erhielt 63 Monate Kerker!

Auf der schönen blauen  
=====  
Donau. -----  
=====

(ITF) Auf der Donau ereignete sich am 11. Juni in Wien ein schweres Unglück. Durch Hochwasser waren die Brücken nicht mehr für Dampfer passierbar, es musste zwischen den Brücken ein besonderer Verbindungsdienst eingerichtet werden, für den der Salondampfer "Wien", eines der grössten Schiffe der Österreichischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, eingesetzt wurde. Als er gegen Mittag ohne Passagiere zum Kohlenfassen stromabwärts fuhr, verlor plötzlich das Steuerruder. Das Schiff wurde von der Strömung erfasst, herumgerissen und mit der Breitseite gegen die Pfeiler der Reichsbrücke geworfen. Nur dem Umstand, dass ein Teil der Besatzung durch den Anprall über Bord geschleudert wurde und sich an dem Holzgerüst, das den Steinpfeiler der Reichsbrücke schützt, festklammern konnte, ist es zu verdanken, dass sich von der 29 Kopf starken Besatzung 23 retten konnten.

Aus Anlass dieses Unglücks teilen die unter Zensur erscheinenden Wiener Blätter einiges über die Arbeitsbedingungen auf den Schiffen der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft mit. Die "Arbeiterwoche" (Nr. 25 vom 20. Juni) schildert die "Arbeitseinteilung" eines Matrosen, "der auf der verunglückten "Wien" Dienst gemacht hat. Am Sonntag, 7. Juni, etwas nach 5 Uhr früh begann sein Dienst auf dem Schiff und dauerte, mit einigen Unterbrechungen, die etwa 5 Stunden ausmachen, bis Montag 5 Uhr nachmittags. Dienstag war Ruhetag, d. h. von 7 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags wurde geputzt. Dann war Freizeit. Am Mittwoch um 9.30 Uhr Abfahrt von Linz, Ankunft in Wien um 18.20 Uhr. Um 9.30 Uhr begann der Dienst und dauerte bis 12.30 nachts. Am Donnerstag begann der Dienst um 6 Uhr früh und wurde erst um etwa 1 Uhr mittags durch den Unglücksfall unterbrochen. Die 4 Matrosen des Schiffes und die Heizer haben vor dem Schiffsunglück bei der Reichsbrücke nicht weniger als 20 1/2 Stunden Dienst gehabt.

Freilich waren dazwischen einige Stunden Freizeit. Die bestehen aber auf dem Schiff lediglich darin, dass sich der Bedienstete auf Deck frei bewegen kann, aber ständig bereit sein muss, falls er gerufen wird, seinen Dienst wieder anzutreten". Das faschistische Blatt deutet an, dass die Übermüdung des Personals mit Ursache des Unglücks war, dass die endlosen Arbeitszeiten die Donauschiffahrt gefährden. Es verweist noch auf ein weiteres Gefahrenmoment. Bei der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, schreibt die Arbeiter-Woche, "kann immer wieder beobachtet werden, dass ältere, erfahrene Schiffsleute entlassen und durch jüngere, billigere Arbeitskräfte ersetzt werden. Gewiss, -- in jedem Unternehmen ist es notwendig, von Zeit zu Zeit junge Arbeitskräfte einzustellen. Aber hier handelt es sich meist nur darum..., Löhne zu ersparen... man nimmt Arbeiter für die Schiffe auf, die nicht einmal (Fortsetzung S. Seite 124, unten, von "Faschismus").